

KEYSTONE / Martial Trezzini

Folgen der Corona-Pandemie für Armut und sozioökonomische Ungleichheit

Wie der bisherige Forschungsstand zeigt, macht die COVID-19-Pandemie Unterschiede zwischen sozioökonomischen Gruppen in verschiedenen Lebensbereichen sichtbar oder verstärkt sie. Wenig bekannt ist, wie verbreitet Prozesse finanzieller Prekarisierung durch die Krise in der Schweiz waren und wie sich diese in Zukunft entwickeln.

Auf einen Blick

- Ende November 2021 publizierte die Nationale Plattform gegen Armut eine erste Zusammenstellung von mehr als hundert Studien, welche die bisherigen Auswirkungen der Covid-19-Pandemie auf die Armut in der Schweiz erforschten.
- Im Durchschnitt schätzen Haushalte ihre finanzielle Situation 2021 positiver ein als 2019.

- Haushalte mit tieferen Einkommen werden durch die Pandemie stärker belastet als solche mit höheren Einkommen.
- Die Pandemie hat die Lebenssituation vor allem von Personen und Familien, die sich unter normalen Bedingungen selbständig durchschlagen, dabei aber keinen Anspruch auf sozialversicherungs- bzw. sozialhilferechtliche Unterstützung haben oder diese nicht in Anspruch nehmen, massiv verschärft.
- Der vorläufige Forschungsstand deutet auf eine – zumindest vorübergehende – Verschärfung der sozioökonomischen Ungleichheit. Unbekannt ist bislang, wie viele Menschen von dieser Prekarisierung erfasst worden sind und wie lange diese andauern wird.

Welche Auswirkungen hat die COVID-19-Pandemie auf die Armut in der Schweiz? Inwiefern verändert oder verstärkt sie sozioökonomische Ungleichheiten? Um solche Frage systematisch zu beantworten, erfasst die Nationale Plattform gegen Armut (NAPA) seit Frühjahr 2020 die entsprechende Forschungstätigkeit. Das Monitoring hat zum Ziel, die Akteure zu vernetzen und den politisch Verantwortlichen und Behörden Grundlagen für evidenzbasierte politische Entscheide bereitzustellen.

Forschungsansatz

Die abgeschlossenen, laufenden und geplanten Forschungsprojekte wurden mittels umfangreicher Internet- und Literaturrecherchen sowie einer Online-Erhebung unter den Forschenden ermittelt. Anfang November 2021 veröffentlichte die Plattform eine erste Bilanz des Monitorings in Form eines Syntheseberichts (Beyeler et al. 2021), der nachfolgend eingehender besprochen wird.

Für den Synthesebericht wurden etwas mehr als 100 Projekte berücksichtigt. Bei rund der Hälfte davon stehen Armut und sozioökonomische Ungleichheit im Zentrum. Dabei befassen sie sich auch mit Fragen der Existenzsicherung, dem Unterstützungssystem oder mit Gruppen, die in prekären Arbeitsverhältnissen beschäftigt sind (Sex-Arbeitende, Live-in-Pflegekräfte etc.), oder die über keinen geregelten Aufenthaltsstatus verfügen (Sans-Papiers etc.). Die andere Hälfte der Projekte behandelt zwar ein anderes oder ein breiteres Thema, generiert und erwartet aber auch Ergebnisse zu Armut und Ungleichheit.

Armutforschung: oft qualitative Ansätze und oft aus der Westschweiz

Auffallend viele der Projekte im Armutsbereich sind in der französischsprachigen Schweiz angesiedelt und weisen einen lokalen Bezug auf. Zudem arbeiten die Forschenden hier häufig mit qualitativen Forschungsmethoden. Mit Ausnahme zweier Projekte, die auf die Situation in der Stadt Zürich eingehen, weisen Deutschschweizer Projekte eher einen überregionalen, teilweise auch international vergleichenden Bezugsrahmen auf. Es konnte kein Projekt mit Armutsfokus identifiziert werden, das spezifisch die Situation in der italienischsprachigen Schweiz untersucht hätte.

Haushalte schätzen finanzielle Situation 2021 positiver ein als 2019

Noch fehlen Studien und Daten, die eine generelle Abschätzung der Armutsentwicklung während der gesamten Pandemie erlauben würden. Bislang zeichnet sich aber ab, dass es trotz des massiven

gebunden. Pandemie erschaffen. Während Bildung zermittelt sich über ab, dass es trotz des massiven wirtschaftlichen Einbruchs, verursacht durch die ausserordentlichen Massnahmen, die der Bundesrat im Frühling 2020 zum Schutz der Bevölkerung getroffen hatte, nicht verbreitet zu Verarmungsprozessen kam. Laut der **experimentellen SILC-Analyse** des Bundesamts für Statistik von 2021 (BFS 2021) schätzten die Haushalte ihre finanzielle Situation sogar positiver ein als vor der Pandemie: Während 2019 noch 12,2 Prozent der Personen angegeben hatten, ihr Haushalt hätte Schwierigkeiten finanziell über die Runden zu kommen, verringerte sich dieser Anteil im Jahr 2021 auf 8,5 Prozent.

Haushalte mit tiefen Einkommen stärker belastet

Die Analyse der SILC-Daten weist zusammen mit vielen anderen Untersuchungen auf Basis unterschiedlicher Daten darauf hin, dass Haushalte mit tiefen Einkommen durch die Pandemie stärker belastet werden als solche mit höheren Einkommen. Haushalte aus tieferen Einkommensklassen haben häufiger pandemiebedingte finanzielle Einbussen erlitten als solche mit höherem Einkommen. Denn die Massnahmen zur Eindämmung der Virusverbreitung haben Erwerbstätigkeiten im unteren Einkommensbereich stärker eingeschränkt als solche in höheren Einkommensklassen. So waren Personen mit tieferen Einkommen häufiger in Kurzarbeit und seltener im Homeoffice tätig.

Ungleichheit hat zugenommen

Durch die eingeschränkteren Konsummöglichkeiten sind in der ersten Phase der Pandemie auch die Ausgaben gesunken, wobei sie bei einkommensstarken Haushalten stärker zurückgegangen sind als bei den einkommensschwachen. Bei Haushalten mit niedrigen Einkommen machen Fixkosten wie die Miete, Versicherungen/Krankenkasse, Verpflegung und Gesundheitsausgaben einen grossen Teil der Ausgaben aus und lassen relativ wenig Spielraum übrig. Ob die ungleiche Betroffenheit auch längerfristige Auswirkungen auf die Einkommensverteilung haben wird, ist derzeit noch unklar und wird unter anderem davon abhängen, wie breit die wirtschaftliche Erholung nach dem Einbruch im Frühling 2020 ausfällt und wie lange die Pandemie noch anhält und allenfalls weitere einschneidende Massnahmen zum Schutz der Bevölkerung erfordert.

Relevant wird auch sein, ob die Einschränkungen im Bildungsbereich ungleiche Bildungschancen verstärken. Die einbezogenen Studien können bisher keinen solchen Effekt nachweisen. Die Studienergebnisse deuten aber darauf hin, dass Lernende aus Haushalten mit niedrigerem Sozialstatus im Fernunterricht häufiger schlechtere Lernbedingungen vorfinden. Aufgrund der verstärkten Thematisierung ungleicher Bildungschancen im Zusammenhang mit dem Fernunterricht, könnte die Pandemie die Verantwortlichen und die Wissenschaft aber auch besonders für ein Problem sensibilisiert haben, das schon vor den pandemiebedingten Umstellungen bestanden hatte. Eine ganze Reihe praxisorientierter Projekte untersucht, wie Chancengerechtigkeit in digitalen Formaten und im Fernunterricht besser gefördert werden könnte.

Ungleiche gesundheitliche Risiken

Verschiedene Studien zeigen übereinstimmend, dass das Risiko an Sars-CoV-2 zu erkranken, hospitalisiert zu werden oder zu versterben, mit sinkendem soziökonomischem Status steigt. Personen mit tieferem soziökonomischem Status arbeiten häufiger in Berufen mit ausgeprägtem Kundenkontakt, leben häufiger in beengten Wohnverhältnissen und sehen sich weniger in der Lage, ihre berufliche Mobilität zu reduzieren. Doch nicht nur das Ansteckungsrisiko ist höher, sondern auch

das Risiko eines schweren Krankheitsverlaufs und das Todesfallrisiko sind grösser. Dies wird unter anderem auf eine unterschiedliche Inanspruchnahme gesundheitlicher Leistungen, wie die spätere Testung auf eine Sars-CoV2-Infektion, zurückgeführt.

Wie aus der Studienlage ebenfalls hervorgeht, haben psychische Belastungen bei Personen mit niedrigem Einkommen während der Pandemiewellen stärker zugenommen als in den übrigen Einkommensklassen. Persönliche finanzielle Betroffenheit, beispielsweise weil das Einkommen aufgrund der Krise eingebrochen oder weggebrochen ist, hat vermehrt zu Stress und Sorge geführt. Besonders stark ist die psychische Belastung, wenn der Zugang zu Sozialleistungen verwehrt bleibt oder jemand auf solche verzichtet.

Stark prekarierte Gruppen in der Pandemie

Verschiedene Hilfsorganisationen berichten, dass die Nachfrage nach Nahrungsmittelhilfe und weiterer Unterstützung im Kontext der Pandemie stark zugenommen hat. Bisher liegen dazu aber keine systematischen Daten für die ganze Schweiz vor. Auch ist unklar, wieviele Menschen in der Schweiz sich insgesamt in einer solch prekären Lage befinden und wie gross diesbezüglich die regionalen Unterschiede sind. Erste Quantifizierungsansätze sowie Einblicke in die Lebenssituation und Bewältigungsstrategien Betroffener während der ersten Pandemiewelle liefern aber verschiedene standardisierte Befragungen in Genf. Über den Bezug von Nahrungsmittelhilfen hinaus, haben die Betroffenen kaum institutionalisierte Unterstützung nachgefragt, sondern versuchten sich mit Gelegenheitsarbeiten, Verkauf von Eigentum oder Aufnahme von Krediten selbst durchzuschlagen. Viele reduzierten auch die Nahrungsmittelmenge und nahmen Abstriche bei der Qualität des Essens in Kauf, auch wenn Kinder im Haushalt waren.

Die Pandemie hat die Lebenssituation vor allem von Personen und Familien, die sich unter normalen Bedingungen selbständig durchschlagen, dabei aber keinen Anspruch auf sozialversicherungs- bzw. sozialhilferechtliche Unterstützung haben oder diese nicht in Anspruch nehmen, massiv verschärft. Gründe für den Nichtbezug von Sozialleistungen sind unter anderem Scham oder Angst vor ausländerrechtlichen Konsequenzen und vor Schikanen. Auch eine mögliche Rückerstattungspflicht wird gefürchtet. Hinzu kommen irreguläre Beschäftigungsverhältnisse, oft verbunden mit einer fehlenden oder kurzfristigen Arbeitserlaubnis.

Unterstützungssystem

Zwar vermochten die finanziellen Hilfsmassnahmen von Bund und Kantonen zur Abfederung der wirtschaftlichen Auswirkungen der Pandemie einer verbreiteten Prekarisierung effektiv entgegenzuwirken. Massiv verschlechtert haben sich prekäre Lebenssituationen aber bei Personen und Familien mit eingeschränktem Zugang zu institutionalisierten Hilfen.

Verschiedene Studien unterstreichen die Bedeutung eines niederschweligen Zugangs zu Nahrungsmittelhilfen, Gesundheitsleistungen und Obdach, um Prekarisierungstendenzen und Hunger entgegenzuwirken. Um diese Grundversorgung sicherzustellen, sollten sie auch Personen ohne Aufenthaltserlaubnis zugänglich gemacht werden. Hierzu gilt es unter anderem, die Handhabung risikoloser Zugänge zu staatlichen Leistungen zu klären, indem für die betroffenen Verwaltungseinheiten entsprechende Regeln aufgestellt und deren Einhaltung abteilungsübergreifend sichergestellt werden.

Verschiedene Studien empfehlen eine Verbesserung des Informationsflusses an schwer erreichbare Gruppen. Hierzu könnten unter anderem lokale Bezugspersonen als Multiplikatoren eingesetzt werden, indem diese besser vernetzt und gezielt mit Information versorgt werden. Generell wichtig sei es, digitale Kommunikationskanäle zielgruppengerecht auszugestalten und auch die Fachpersonen in deren Anwendung vermehrt zu schulen. Mitunter sei es auch nötig, sehr vulnerablen, isolierten Menschen, den Zugang zu digitaler Infrastruktur durch gezielte Unterstützung überhaupt erst zu ermöglichen.

Wissenslücken im Bereich Armutforschung

Der vorläufige Forschungsstand rund um Fragen der Armut im Kontext der COVID-19-Pandemie deutet auf eine – zumindest vorübergehende – Verschärfung der sozioökonomischen Ungleichheit. Die untersuchten Studien benennen zentrale Gründe und Mechanismen für die starke Prekarisierung und geben wichtige Einblicke in die Bewältigungsstrategien Betroffener sowie Hinweise auf Verbesserungen im Unterstützungssystem. Bisher fehlen aber Studien, die aufzeigen, wie viele Menschen von diesen Prekarisierungsprozessen erfasst worden sind und wie lange diese andauern.

Noch stehen Ergebnisse zahlreicher laufender Forschungsvorhaben aus und zudem dürfte gerade im Rahmen des Nationalen Forschungsprogramms **NFP 80** des Schweizerischen Nationalfonds die entsprechende Forschungstätigkeit nochmals verstärkt werden. Dabei wäre es wünschenswert, wenn vermehrt auch vergleichende Ansätze zum Zuge kämen – sowohl innerhalb der Schweiz als auch international. Vergleiche ermöglichen nicht nur eine systematischere Einordnung des Ausmasses der Betroffenheit, sondern auch Analysen zur Effektivität und Effizienz von Massnahmen und gesetzlichen Bestimmungen.

Beim Adressieren von Wissenslücken im Bereich der Armutforschung sollten die Forschenden berücksichtigen, dass viele der stark Betroffenen in den allgemeinen Bevölkerungsdaten (Befragungen und Administrativdaten) unterrepräsentiert sind. Daher werden qualitative und Mixed-Methods-Studien relevant bleiben. Denn für die Einschätzung der längerfristigen Auswirkungen der Pandemie auf Armut und Ungleichheit ist es wichtig zu wissen, ob diese bei einem Teil der Betroffenen zu einer dauerhaft prekären Lebenslage geführt haben werden. Bei einer Verfestigung von Armutslagen bei einem relevanten Teil der Betroffenen hätte die Pandemie auch langfristige Effekte auf das Ausmass der Armut in der Schweiz.

Literaturverzeichnis

Beyeler, Michelle; Hümbelin, Oliver; Korell, Ilona; Richard, Tina; Schuwey, Claudia (2021).

Auswirkungen der Corona-Pandemie auf Armut und sozioökonomische Ungleichheit.

Bestandsaufnahme und Synthese der Forschungstätigkeit im Auftrag der Nationalen Plattform gegen Armut. [Bern: BSV].

BFS (2021). **COVID-19 und Lebensbedingungen in der Schweiz (SILC)**. Experimental Statistics (Website, konsultiert am 25.11.2021).

Projekt-Datenbank (2021): **Air-Table** (Website, konsultiert am 25.11.2021).

SNF (2021). **NFP 80: Covid-19 in der Gesellschaft** (Website, konsultiert am 10.12.2021).

Möchten Sie diesen Beitrag teilen?

 Facebook

 Twitter

 LinkedIn